

Interview

Politologe Wilfried Marxer analysiert im Gespräch die Erfolge der Rechtspopulisten im europäischen Superwahljahr 2017.



“**Die Gesellschaft ist plural – auch ohne muslimische Zuwanderung**”



Michael Winkler
mwinkler@medienhaus.li

Europa hat ein Superwahljahr hinter sich: Unter anderem haben Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Österreich ihre Parlamente gewählt. Was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Erkenntnisse daraus?

Wilfried Marxer: Jeder Fall hat natürlich seine Besonderheiten, ein paar gemeinsame Muster sind aber doch erkennbar. Tendenziell wird an den bestehenden Verhältnissen und damit auch an Parteien starke Kritik geübt. Dies wird besonders von rechtspopulistischen Parteien forciert. Die Etablierten reagieren darauf mit einer stärkeren Personalisierung. Am extremsten war das in

Österreich und Frankreich. Sebastian Kurz hat sich selbst ins Zentrum gerückt hat und gleich auch Namen und Farbe der Partei geändert. Emmanuel Macron hat mit seiner neuen Bewegung «En Marche» triumphiert. Zudem zeigt sich teilweise eine Fragmentierung der Parteienlandschaft. Die traditionellen Volksparteien erreichen die Stimmenanteile früherer Wahlen kaum mehr. Dies führt teilweise zu komplizierten Koalitionsverhandlungen und Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung. In den Niederlanden hat die stärkste Partei gerade einmal 21 Prozent der Stimmen erreicht. Dagegen ist der von vielen befürchtete Aufschwung der Rechtspopulisten nicht in erwartetem Mass ausgefallen, auch wenn sie beachtliche Resultate erzielt haben und auch eine Wirkung auf die anderen Parteien ausüben. Zu erwähnen ist auch

noch, dass die Wahlbeteiligung meist relativ hoch war.

Gerade der jüngste Erfolg der Freiheitlichen und der Volkspartei in Österreich, die jeweils einen deutlich rechten Wahlkampf führten, sorgt für Gesprächsstoff. Warum sind die Rechten derart im Vormarsch? Oder verschwimmen hier sogar Begriffe wie «Links» und «Rechts»?

Die Rechten operieren sehr stark mit einer Rückbesinnung auf das Nationale, auf Heimat und Geborgenheit. Sie konstruieren auch gezielt einen Gegensatz zwischen dem Einheimischen und dem Fremden. Dies fällt in einer Zeit des raschen Wandels – Stichwort Globalisierung – und der vielen Unsicherheiten auf fruchtbaren Boden. Nahrung bekommt diese Haltung noch, wenn Flüchtlinge – also Fremde – in grosser Zahl nach

Europa kommen und wenn Zuwandernde ausserdem noch eine andere Religion aufweisen. Das lässt sich dann sehr leicht instrumentalisieren, indem die Rechtspopulisten reale oder gefühlte negative Erfahrungen unmittelbar damit in Zusammenhang bringen. Der Wandel in der Mediennutzung mit der Tendenz zum Plakativen befördert diesen Trend noch.

In Österreich, aber auch in Deutschland zählten vor allem jene links der Mitte einen hohen Preis. Funktioniert linke Politik nicht mehr?

Linke Parteien sind schon deshalb in einer schwierigen Situation, weil sich ihr traditionelles Milieu und die Klientel nicht mehr so homogen präsentieren wie früher. Und wenn die Arbeiterschaft als traditionelle Basis noch existiert, orientiert sie sich nicht

mehr so stark an den linken Parteien. Die sogenannten kleinen Leute fühlen sich zu wenig vertreten und verstanden. Vielleicht können sich die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Österreich in der Opposition wieder etwas stärker als soziale Parteien profilieren und bei kommenden Wahlen Stimmen zurückgewinnen. Das ist jedenfalls deren Wunsch und Bestreben. Dass ein Bedarf besteht, zeigt der Zuspruch für Sanders in den Vereinigten Staaten und Corbyn in Grossbritannien.

Apropos Grossbritannien: Ein zentrales Wahlmotiv ist auch immer die Kritik an der EU. Der Brexit – grosses Thema beim «Wirtschaftswunder» am 21. November in Schaan mit Theo Waigel und Nigel Farage – ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit den europäischen Gremien. Kommt die EU um eine grosse Reform noch herum?

Die Kritik an der EU ist oft sehr unfair, weil letztendlich ja die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten die wichtigsten Entscheidungen in Brüssel treffen. Zu Hause lässt sich dann leicht sagen, dass die EU ein Moloch ist, bürokratisch, bürgerfern und so weiter. Der Brexit und die laufenden Austrittsverhandlungen zeigen den meisten Staaten aber auch, dass die EU und die EU-Mitgliedschaft halt doch noch besser sind als ein Alleingang. Die klaren Bekenntnisse von Spitzenvertretern der Mitgliedsstaaten belegen dies – in jüngerer Zeit ja auch von Emmanuel Macron und Sebastian Kurz, die damit politisch nicht untergingen. Die EU muss andererseits dauernd reformiert werden. Es werden dabei sehr unterschiedliche Optionen und Szenarien diskutiert. Die Spielräume sind aber eng. Denn 27 oder 28 Staaten unter einen Hut zu bringen, führt am Ende in der Regel zum kleinsten gemeinsamen Nenner.

Die Islamisierung Europas funktioniert auch bestens als Wahlkampfthema. Prognosen gehen davon aus, dass der Anteil von Muslimen in Europa 2050 zwischen 8 und 10 Prozent betragen werde. Warum funktioniert dieses Motiv trotzdem?

Würde es den Islam nicht geben, würden die politischen Bewegungen sicher ein anderes Feindbild aus dem Hut zaubern, mit dem sich Stimmung



Nationalratswahlen: Ein ungewohnt rechtspopulistischer Wahlkampf brachte Sebastian Kurz (hinten) in Österreich in der ÖVP den ersten Platz. Eine Koalition mit der drittplatzierten FPÖ von Heinz-Christian Strache (vorne) gilt als sehr wahrscheinlich.

machen lässt. Der Islam bietet sich natürlich an, weil er seit vielen Jahren mit Terrorismus in Verbindung gebracht wird. Muslime stehen damit unter Generalverdacht, auch wenn sie weder mit Attentaten in der westlichen Welt noch mit dem Islamischen Staat und anderen islamistischen Gruppierungen etwas zu tun haben. Islamfeindlichkeit stellt man ja auch in Gegenden fest, in denen kaum Migranten leben. Es braucht also keine persönliche Erfahrung, um eine Gruppe zu stigmatisieren und zum Feindbild zu erheben. Vielfach geht es dann sogar einfacher. Der Islam bietet sich für ein Schwarz-Weiss-Bild an: Hier sind wir, die Guten, die Christen – dort die anderen, die Bösen, die Muslime. Solche Antagonismen gibt es in der Realität aber nicht. Die Gesellschaft ist plural, selbst ohne muslimische Zuwanderung.

Sowohl Rechte als auch Linke stellen den Anspruch auf den starken Staat. Woher kommt diese Sehnsucht der Menschen nach starken Führern?

Zwischen starkem Staat und starken Führern ist zu unterscheiden. Ein starker Staat kann bedeuten, dass es ausgebaute Sozialsysteme gibt. Man nimmt in Kauf, dass damit die individuelle Freiheit eingeschränkt wird. Man jammert zwar, dass es zu viele Gesetze gibt. Andererseits ist ja jedes Gesetz in einem demokratischen Prozess beschlossen worden. Man will also offenbar viele Bereiche staatlich geregelt haben. In den Vereinigten Staaten wird die individuelle Freiheit viel höher gehalten. Das sieht man beispielsweise an den Diskussionen

über Obamacare oder Waffengesetze. Ob es eine Sehnsucht nach starken Führern gibt, würde ich bezweifeln. Es gibt eine Tendenz zu einer stärkeren Personalisierung. Charisma und Glaubwürdigkeit sind wichtige Merkmale. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es auch leichter, die Politik an einer Person festzumachen als an einer Partei. Öffentlicher Rückhalt und gute Kommunikation erleichtern den Politikerinnen und Politikern, ihre Vorhaben durchzusetzen. In charismatische Figuren werden aber oft Hoffnungen und Wünsche projiziert, wie man bei der Wahl von Donald Trump gesehen hat. Damit ist er aber nicht zu einem starken Führer geworden. In der Demokratie gibt es viele Stellschrauben und Korrektive. Und die Demokratie eröffnet immer wieder die Möglichkeit, personelle Wechsel herbeizuführen. Darauf wollen die Wählerinnen und Wähler sicher nicht verzichten.

Liberaler Kräfte sucht man grossenteils vergebens in Europa. Ausnahme bilden im weitesten Sinn National- bzw. Neo-Liberaler. Warum haben Liberalismus bzw. Libertäre so eine schwache Lobby in der westlichen Welt?

Das gilt vielleicht für liberale Parteien, aber nicht unbedingt für die liberale Idee. Die Europäische Union ist im Grunde genommen ein liberales Projekt. Nehmen wir die Freiheiten, die im EWR implementiert sind: freier Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr. Das ist ein liberaler Ansatz gegen viele nationale Sonderinteressen. Man darf auch fragen, ob es sinnvoller ist, eine gemeinsame EU-Norm oder 28 nationale und

vielleicht unterschiedliche Normen zu haben – vom bürokratischen Aufwand mal ganz abgesehen. Und dann darf man nicht übersehen, dass die Grund- und Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit zum unverrückbaren Kanon der Europäischen Union gehören – im Gegensatz zu neueren Entwicklungen in Mitgliedsstaaten. Es gibt also Bastionen des Liberalen. Es gibt aber auch Gegenbewegungen, etwa eine Fokussierung auf nationale Interessen wie mit Trumps «America first» oder die Beschneidung von Freiheitsrechten selbst in verschiedenen europäischen Staaten.

Welche Bewegungen stellen Sie in Liechtenstein bzw. der Region fest? Welche Motive kann man als Politiker hierzulande «kopieren», um ähnliche Erfolge zu feiern?

Da müsste man zuerst definieren, was man unter Erfolg versteht. Das ist für eine grosse Volkspartei, die einen Stimmenanteil von 30 oder 40 Prozent verteidigen oder ausbauen will, anders zu beurteilen als für eine kleine Partei aus dem linken, rechten oder liberalen Spektrum. Ausserdem spielen die nationalen Begebenheiten eine Rolle, schliesslich auch das Profil, das Programm und die personellen Ressourcen einer Partei. Nicht allen Parteien stehen Figuren wie Macron oder Kurz zur Verfügung, die offenbar bei den Wählerinnen und Wählern gut ankommen. Ob sich eine thematische Fokussierung auf Islam und Migration in Liechtenstein eignen würde, ist ebenfalls fraglich. Ausserdem ist zu beachten, dass es in Liechtenstein direktdemokratische Rechte gibt. Das hat eine gewisse Ventilfunktion gegenüber dem politischen System und den Parteien. Trotzdem dürften Versuche der Profilierung und Personalisierung auch bei den liechtensteinischen Parteien zunehmen.

Persönlich

Wilfried Marxer. Jahrgang 1957, ist Direktor und Forschungsleiter Politikwissenschaft des Liechtenstein-Instituts in Bendern. Er ist seit 1996 in der wissenschaftlichen Forschung tätig.

Weitere Infos:
www.lichtenstein-institut.li